

Konsultation zum Grünbuch
„Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern“
Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
1049 – Brüssel
Belgien

Dornbirn, 30. Mai 2006

Stellungnahme zum Grünbuch
„Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern“
KOM (2005) 484 vom 14.10.2005

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist erfreulich, dass Sie für die Verbesserung der psychischen Gesundheit einen breiten Diskussionsprozess initiieren. Gerne nehme ich die Einladung an.

Ich stimme einer Veröffentlichung dieser Stellungnahme zu und würde mich über eine Rückmeldung freuen.

Zu den einzelnen Herausforderungen und ihren Fragestellungen (Seite 15):

(1) Wie wichtig ist die psychische Gesundheit der Bevölkerung für die Realisierung der strategischen Ziele der EU, wie sie in Abschnitt 1 dargestellt sind?

Gesundheit bestimmt sich aus dem Zusammenspiel von Geist, Körper, Seele und sozialem Umfeld. Die Sorge für eine bestmögliche Gesundheit soll als fundamentales Menschenrecht Politik, Gesellschaft und Wirtschaft prägen. Psychische Gesundheit ist deshalb kein Instrument zur Erreichung strategischer Ziele irgendeines Systems – weder der EU noch irgendeines Staates oder eines Betriebes – sondern Pflicht gegenüber dem Bürger. Die Frage lautet: Unterstützen die strategischen Ziele der EU die Gesundheit der Menschen? Die Initiative der Europäischen Kommission ist somit im Kern falsch ausgerichtet und sollte in der Zielsetzung realistisch bleiben.

Die Verbesserung der psychischen Gesundheit ist Teil der personalen Würde des Menschen, um seine persönlichen Rechte und Fähigkeiten zu entfalten.

(2) Würde die Entwicklung einer umfassenden EU-Strategie für psychische Gesundheit einen Mehrwert zu den bestehenden und erwogenen Maßnahmen erbringen und gibt Abschnitt 5 hierfür angemessene Prioritäten vor?

Jede Initiative zur Verbesserung der psychischen Gesundheit ist grundsätzlich willkommen. Sowohl der Mehrwert als auch die Schwerpunkte der EU-Strategie sind nachvollziehbar. Der entscheidende Mehrwert für das Ziel „Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert“ liegt jedoch in einem neuen Bewusstsein politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsträger und beim Bürger selbst.

Als erstes muss das Bewusstsein geschaffen (und umgesetzt) werden, dass Gesundheit eben nicht nur das Fehlen von Beschwerden und Krankheit ist. Gesetze und Förderprogramme bauen immer noch auf einem alten, medizinischen Verständnis von Gesundheit auf. Vor allem die Tatsache, dass die Entscheidungs- und Beratungsgremien größtenteils von medizinischen und pharmazeutischen ExpertInnen besetzt sind, verhindert eine Verbreiterung des Gesundheitsverständnisses.

Als zweites gilt es ein breites Verständnis für die Gesundheitsförderung als ein umfassendes individuelles, soziales, berufliches und gesellschaftlich-politisches Handlungsfeld mit folgenden Aufgaben zu erkennen und:

- gesunde Lebensweisen bzw. individuelle und soziale Kompetenzen zu gesunder Lebensgestaltung im Kontext der alltäglichen sozialen Beziehungen zu fördern
- gesunde Lebenswelten bzw. gesundheitsfördernde Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen in der Umwelt zu gestalten (das beginnt schon beim ungeborenen Leben und betrifft vor allem die betroffenen, häufig alleingelassenen Frauen)
- eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik zu entwickeln

Als drittes ist es richtig, dass eine Verbesserung der psychischen Gesundheit auch und vor allem Menschen mit Benachteiligungen erreichen soll. Fragen der Entwicklung sowie der Qualitäts- und Erfolgskontrolle von Gesundheitsleistungen durch moderne Formen der nutzerorientierten Befragung können dazu einen erheblichen Beitrag leisten.

Als viertes ist der zivile Dialog auf die zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft grundsätzlich und auf regionaler und nationaler Ebene im Besonderen auszubauen.

(3) Sind die in Abschnitt 6 und 7 vorgeschlagenen Initiativen geeignet, die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten zu unterstützen,

Ja, die vorgeschlagenen Initiativen sind geeignet, eine Verbesserung zu erzielen.

Schwerpunkte müssen klarer sichtbar werden:

- Initiativen zum Abbau der Schwierigkeiten beim Umsetzen eines sektorübergreifenden Handelns für Gesundheit
- Sicherung von Ressourcen für eine wirksame Realisierung eines breiten und umfassenden Gesundheitsverständnisses (vor allem durch die Beteiligung eines fachlich erweiterten Kreises von GesundheitsexpertInnen) und somit eines hohen Gesundheitsniveaus
- Kampf gegen die Auswirkungen der Armut auf die Gesundheit als europäische und globale Herausforderung durch Sicherung von Einkommensstandards
- Modelle zur Unterstützung und Hilfe speziell gefährdeter Personengruppen zum Beispiel Kinder, Arbeitslose, Menschen an der Schwelle zur Pension, betagte Menschen, kranke Menschen, ungewollt schwangere Frauen, Menschen in großen Anstalten
- Modelle zur Unterstützung und Hilfe in speziellen Krisensituationen (ist berücksichtigt)

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Himmer

This paper represents the views of its author on the subject. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or Health & Consumer Protection DG's views. The European Commission does not guarantee the accuracy of the data included in this paper, nor does it accept responsibility for any use made thereof.